

63843 / 4/RV

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, Artikel 339, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Mai 2018;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3, Artikel 9, Artikel 11 §4, Artikel 13 §4, Artikel 14 §3, Artikel 16 Absatz 2, Artikel 17 Absatz 2, Artikel 18 Absatz 2, Artikel 20 Absatz 2, Artikel 21 §4, Artikel 22, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 25, Artikel 26 §4, Artikel 33, Artikel 35 Absatz 3, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 53 und Artikel 59 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Oktober 2017 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen in Ausführung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen;

Aufgrund des Protokolls Nr. S5/2018 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 8. Mai 2018;

Aufgrund des am 26. April 2018 an den föderalen Beschäftigungsminister gerichteten Antrags auf Konzertierung in Anwendung von Artikel 6 §3bis Nummer 1 des Sonderge-

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

RAAD VAN STATE
WETGEVING

setzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; in Erwägung, dass innerhalb von 30 Tagen keine Stellungnahme vorlag;

Aufgrund der Stellungnahme des Landesamtes für soziale Sicherheit vom 24. Mai 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [*];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [*];

Aufgrund des Gutachtens [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 22. Mai 2018;

In Erwägung des Gutachtens des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung vom [*];

In Erwägung des Gutachtens des Öffentlichen Programmierungsdienstes Soziale Eingliederung vom [*];

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;
2. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Ministerium: der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Für die Anwendung der Kapitel 1, 3 und 4 versteht man unter Arbeitsantritt den Tag, an dem:

1. der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte tatsächlich eingestellt wird;
2. ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen ist;
3. die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen eingereicht wurde.

Art. 2 – Nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden gleichzusetzende Personen

Einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets sind die ehemaligen nichtbeschäftigten Grenzgänger im Sinne der Verordnung

(EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit gleichzusetzen, insofern sie:

1. beim Arbeitsamt als arbeitssuchend eingetragen sind;
2. nicht der Schulpflicht unterliegen;
3. nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben.

Art. 3 – Der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzende Zeiträume

Der in Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets erwähnten Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt sind folgende Zeiträume gleichzusetzen:

1. der Zeitraum, in dem der Arbeitssuchende bei der zuständigen Behörde eines anderen Teilstaats als arbeitssuchend eingetragen und während dem er nichtbeschäftigt ist;
2. der Zeitraum innerhalb eines Zeitraums der Eintragung beim Arbeitsamt, in dem der Arbeitssuchende durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist, unter Statut ist oder eine hauptsächliche Aktivität als Selbstständiger ausübt, insofern die Gesamtdauer dieses Zeitraums nicht mehr als 30 Tage beträgt;
3. der Zeitraum des Bezuges einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Bestimmungen über die Kranken- und Invaliditätspflichtversicherung oder über die Mutterschaftsversicherung, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;
4. der Zeitraum des Bezugs des Eingliederungseinkommens in Anwendung des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung;
5. der Zeitraum des Bezuges der finanziellen Sozialhilfe für Personen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das Eingliederungseinkommen haben und die im Bevölkerungsregister oder Fremdenregister eingetragen sind;
6. der Zeitraum der Haft- oder Gefängnisstrafe, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;
7. der Zeitraum der Beschäftigung in Anwendung von Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren;
8. der Zeitraum, während dem der Arbeitssuchende einen LBA-Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag ausführt;
9. der Zeitraum einer der Berufsausbildungen, die durch das Arbeitsamt oder durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben organisiert oder anerkannt sind und deren Liste der Minister festlegt;
10. ein Zeitraum von höchstens 12 Monaten für nichtbeschäftigte Arbeitssuchende, die nicht als arbeitssuchend eingetragen waren, da sie freiwillig ihre Karriere unterbrochen haben, um für die Erziehung ihrer Kinder oder für sich in einer Situation der Abhängigkeit und der Unselbstständigkeit befindende Familienangehörige zu sorgen, und die sich auf dem Arbeitsmarkt wiedereingliedern;
11. der Zeitraum der Beschäftigung im Rahmen der Eingliederungssozialwirtschaft, während dem der Arbeitssuchende Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hat;
12. der Zeitraum, während dem der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende von der in den Artikeln 89 und 90 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten Verfügbarkeitspflicht freigestellt ist.

Art. 4 – Gültigkeitsdauer der Bescheinigung

Die Bescheinigung führt eines der folgenden Gültigkeitsdaten an:

1. das Datum, an dem die Bescheinigung beim Arbeitsamt ausgestellt wird, insofern der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende noch nicht eingestellt wurde, oder;

2. das Datum des Arbeitsantritts oder des Beginns einer in den Artikeln 9, 12 oder 13 des Dekrets erwähnten Maßnahme.

Die Bescheinigung wird spätestens am 30. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten beim Arbeitsamt beantragt.

Die Gültigkeitsdauer der Bescheinigung beträgt 4 Monate.

Wird eine neue Bescheinigung innerhalb der Gültigkeitsperiode der vorherigen Bescheinigung beantragt, wird ein Duplikat mit derselben Gültigkeitsdauer wie die der vorherigen Bescheinigung ausgestellt.

Das Arbeitsamt kann einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden von Rechts wegen eine Bescheinigung ausstellen, wenn es über alle nötigen Informationen verfügt, um eindeutig festzustellen, dass der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende AktiF- oder AktiF PLUS-berechtigt ist.

Das Arbeitsamt kann eine Kopie der Bescheinigung an Dritte übermitteln, insofern dieser ein berechtigtes Interesse hat.

Art. 5 – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

§1 – Die in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind:

1. die in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren vorgesehene Maßnahme;
2. die in Artikel 55, 57, 58 und 61 des Dekrets vorgesehenen Maßnahmen;
3. die Beschäftigungsmaßnahme im Rahmen der Eingliederungssozialwirtschaft, während der der Arbeitsuchende Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmggesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hatte;
4. die im Rahmen des Dekrets vorgesehene AktiF- oder AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung.

§2 – Unter Neueinstellung im Sinne von Artikel 21 und 26 des Dekrets versteht man den Arbeitsantritt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten, insofern er innerhalb eines Jahres nicht beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer in §1 erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren.

§3 – Wird ein Arbeitnehmer im Rahmen der in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Maßnahme bei einem Arbeitgeber beschäftigt und nach einem zwischenzeitlichen Unterbrechungszeitraum beim gleichen Arbeitgeber innerhalb eines Jahres erneut beschäftigt, werden für die Berechnung der in den Artikeln 11, 21 und 26 des Dekrets erwähnten Perioden und Zuschusshöhen diese Unterbrechungszeiträume Beschäftigungsperioden gleichgesetzt.

Ist die in Artikel 11 §1 des Dekrets festgelegte Gewährungsdauer der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse abgelaufen, findet §1 Nummer 4 keine Anwendung.

Im Falle von Absatz 1:

1. handelt es sich nicht um eine Neueinstellung im Sinne von Artikel 21 und 26 des Dekrets;

b

2. ist ein Wechsel zwischen den Anwendungsbereichen der Kapitel 3 und 4 des Dekrets gemäß Artikel 30 des Dekrets nicht möglich.

§4 – Für die Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 2 des Dekrets ist eine erneute Bescheinigung nicht notwendig, wenn der in §3 erwähnte Unterbrechungszeitraum weniger als 2 Monate beträgt.

Art. 6 – Unvereinbarkeiten

AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit Zuschüssen kumuliert werden, die in Anwendung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, ausbezahlt werden.

AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit der in Artikel 12bis - 12septies des Königlichen Erlasses Nr. 25 vom 24. März 1982 zur Schaffung eines Programms zur Förderung der Beschäftigung im nichtkommerziellen Sektor vorgesehenen Unterstützung kumuliert werden.

KAPITEL 2 – ZUSCHUSSBEDINGUNGEN

Abschnitt 1 – AktiF-Berechtigte

Art. 7 – Unfreiwillig verlorene Arbeitsstelle

Unter unfreiwillig verlorener Arbeitsstelle im Sinne von Artikel 5 des Dekrets versteht man:

1. das Verlieren der Arbeitsstelle aufgrund einer Kündigung durch den letzten Arbeitgeber;
2. die Nicht-Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags;
3. das Verlieren der Arbeitsstelle aus amtlich festgestellten gesundheitlichen und/oder psychologischen Gründen;
4. die Beendigung der Selbstständigkeit infolge eines Konkurses.

Handelt es sich um einen älteren Arbeitsuchenden im Sinne von Artikel 5 des Dekrets, so ist dem Antrag eine ehrenwörtliche Erklärung beizufügen, die bestätigt, dass dieser seine letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren hat.

In Abweichung von Absatz 2 ist der ältere Arbeitnehmer, der am Tag vor der Ausstellung der Bescheinigung oder am Vortag des Arbeitsantritts entschädigter Arbeitsloser in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit war oder amtlich festgestellte gesundheitliche und/oder psychologische Gründe nachweist, von der ehrenwörtlichen Erklärung befreit.

Die in Absatz 1 Nummer 1 und 2 erwähnten Gründe werden auf Anfrage des Arbeitsamts oder des Ministeriums anhand von zweckdienlichen Belegen nachgewiesen.

Art. 8 – Zusätzliche Bedingungen zum Erhalt des AktiF-Zuschusses für Opfer von Umstrukturierungen

Um in den Genuss eines AktiF-Zuschusses gemäß Artikel 7 des Dekrets zu kommen:

6

1. ist der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende im Besitz der in Artikel 15/1 des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen erwähnten Ermäßigungskarte für Umstrukturierungen;
2. verfügt der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende höchstens über einen in Artikel 4 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnten Ausbildungstitel.

Abschnitt 2 – AktiF PLUS-Berechtigte

Art. 9 – Verminderte Arbeitsfähigkeit

Als vermindert arbeitsfähig im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets gilt der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, der:

1. die medizinischen Bedingungen erfüllt, um Anspruch auf eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder auf eine Eingliederungsbeihilfe im Rahmen der Behindertengesetzgebung zu haben;
2. als Zielgruppenarbeitnehmer bei einer beschützenden Werkstätte oder einer sozialen Werkstätte beschäftigt war;
3. aufgrund einer körperlichen oder geistigen Unfähigkeit von mindestens 66% einen Anspruch auf erhöhte Familienleistungen begründet;
4. eine Bescheinigung der Generaldirektion Personen mit Behinderung des Föderalen öffentlichen Dienstes soziale Sicherheit zur Bewilligung von sozialen und steuerlichen Vorteilen besitzt;
5. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von mindestens 33% aufweist, die durch einen vom Landesamt für Arbeitsbeschaffung anerkannten Arzt gemäß dem in Artikel 141 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit vorgesehenen Verfahren festgestellt wurde;
6. durch das Arbeitsamt als arbeitsmarktfremd eingestuft wird aufgrund einer Kombination von psycho-medizinisch-sozialen Faktoren, die seine Gesundheit und/oder seine Sozialeingliederung und somit seine Berufseingliederung derart beeinträchtigen, dass er innerhalb der nächsten 12 Monate nicht mehr in der Lage ist, am gewöhnlichen Wirtschaftskreislauf teilzunehmen oder im Rahmen einer begleiteten und angepassten Arbeit zu arbeiten;
7. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit aufweist, die durch einen vom Arbeitsamt anerkannten Arzt festgestellt wird und die dem in Nummer 5 erwähnten Prozentsatz entspricht.
8. einen Unterstützungsplan der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben im Rahmen der in Artikel 11 §1 Nummer 2 und 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben erwähnten Aufgaben vorweist.

Art. 10 – Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus

Für die Anwendung von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets sorgt das Arbeitsamt für einen Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus des Arbeitsuchenden, wenn dieser weder über ein Diplom, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Deutsch noch über ein Diplom, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Französisch bescheinigt, verfügt.

Die Gültigkeitsdauer der Ergebnisse des Einstufungstests oder eines Diploms, das ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigt, beträgt 24 Monate.

Art. 11 – Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration

Bei den in Artikel 9 des Dekrets erwähnten Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration handelt es sich um Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.

Der Minister legt die Liste der in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen fest.

KAPITEL 3 – ALLGEMEINE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 12 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter „Zuschüsse“ die in Artikel 11 oder 13 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 13 – Ausbildungsmaßnahmen

Die in Artikel 13 des Dekrets erwähnten Ausbildungsmaßnahmen sind:

1. die in Kapitel IV des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, erwähnte individuelle Ausbildung im Unternehmen;
2. das in Kapitel 4.1 desselben Erlasses vorgesehene Einstiegspraktikum;
3. die im Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess erwähnte Ausbildung im Betrieb;
4. die in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnte Lehre;
5. die im Gesetz vom 19. Juli 1983 über die Industrielehre erwähnte Industrielehre.

Maßnahmen anderer Teilstaaten, die eine gleichwertige Zielsetzung haben oder auf eine vergleichbare Weise organisiert sind wie die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen, gelten ebenfalls als Ausbildungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 13 des Dekrets.

Abschnitt 2 – Bezuschussungsbedingungen

Art. 14 – Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die durch das Dekret festgelegten Bedingungen werden eingehalten;
2. der Arbeitsantritt oder der Beginn der in Artikel 9, 12 oder 13 erwähnten Maßnahme liegt innerhalb der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung;
3. die Einstellung des AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten erfolgt im Rahmen eines schriftlichen Arbeitsvertrags gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge, der eine Klausel enthält, die den AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten darüber aufklärt, dass die Kündigungsfrist gemäß Artikel 37/5 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 1978 sieben Tage beträgt;
4. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten ist im Einklang mit der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit;
5. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten erfolgt gemäß den Bestimmungen in Sachen Entlohnung und anderen Arbeitsbedingungen;
6. die Entlohnung oder andere außergesetzliche Vorteile des AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten entsprechen dem, was ein Personalmitglied für die gleiche oder eine vergleichbare Funktion erhalten würde.

6

Abschnitt 3 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren

Art. 15 – Einstellungsverfahren

§1 – Zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber in elektronischer oder in Papierform die Bescheinigung beim Ministerium ein.

Die Bescheinigung wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten eingereicht.

Der Minister legt auf Vorschlag des Arbeitsamtes das Muster der Bescheinigung fest.

§2 – Das Ministerium überprüft die Zulässigkeit der Bescheinigung.

Der Minister übermittelt dem Arbeitgeber seine Entscheidung innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Einreichen der Bescheinigung.

Art. 16 – Beschwerdeverfahren

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Verweigerung beim Minister Beschwerde einreichen.

Der Arbeitgeber übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats nach Erhalt der Verweigerung.

Der Minister entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Erteilung der Zuschüsse. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Beschwerde als abgelehnt.

Abschnitt 4 – Bezuschussungsmodalitäten

Art. 17 – Zahlungsmodalitäten

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß den Artikeln 15 und 16 werden die Zuschüsse monatlich als Vorschuss durch das Ministerium gezahlt.

Der erste Vorschuss wird aufgrund der im Antrag enthaltenen Angaben ausgezahlt. Die folgenden Vorschüsse werden aufgrund der im Gehaltsbeleg des vorherigen Monats enthaltenen Angaben ausgezahlt.

Der schriftliche Arbeitsvertrag wird dem Ministerium unmittelbar nach der in Artikel 15 oder 16 erwähnten Entscheidung übermittelt. Liegt dieser am Tag der ersten Vorschusszahlung nicht vor, wird der Zuschuss nicht als Vorschuss ausgezahlt.

Art. 18 – Gehaltsbelege

Der Arbeitgeber reicht die Gehaltsbelege spätestens innerhalb der ersten zwei Wochen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich beziehen, beim Ministerium ein. Die Gehaltsbelege können ebenfalls elektronisch eingereicht werden.

Nach Ablauf dieser Frist wird der Zuschuss nicht mehr als Vorschuss ausgezahlt.

Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach dem Monat, auf den sich die Gehaltsbelege beziehen, wird der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 19 – Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

§1 – Der jährliche Gesamtbetrag der Zuschüsse kann die Summe der folgenden Beträge nicht übersteigen:

1. das Bruttogehalt des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
2. das Urlaubsgeld des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
3. die dem AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlende Jahresendprämie oder vorgeschriebene Beteiligung an den Fahrtkosten zum Arbeitsplatz;
4. die durch den Arbeitgeber zugunsten des Landesamtes für soziale Sicherheit zu zahlenden Beträge.

Pro AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigtem wird der Zuschuss um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§2 – Der Arbeitgeber ist verpflichtet, das Ministerium unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und jegliche Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten in Kenntnis zu setzen.

Art. 20 – Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse

Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse werden von dem Arbeitgeber noch zu zahlenden Beträgen einbehalten und gegebenenfalls zurückgefordert. Ein Zuschuss gilt als zu Unrecht ausgezahlt, wenn das Ministerium feststellt, dass der Arbeitgeber Zuschüsse erhalten hat, obwohl gemäß der Anwendung des Dekrets oder des vorliegenden Erlasses keine Auszahlung oder eine geringere Auszahlung hätte erfolgen sollen.

Art. 21 – Indexierung

Die Zuschüsse können zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel angepasst werden, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.

KAPITEL 4 – BESONDERE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 – Projektgebundene Stellen

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 22 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Zuschüsse die in Artikel 21 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 23 – Projektgebundene Stelle

Unter projektgebundener Stelle im Sinne von Artikel 20 des Dekrets versteht man Projekte, für deren Ausführung AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien gewährt werden:

1. der durch das Projekt gedeckte gesellschaftliche Bedarf im deutschen Sprachgebiet;
2. die finanzielle Tragbarkeit des Projektes, die anhand der bestehenden Bilanzen bis zu höchstens drei Jahre rückwirkend ab dem Antrag und anhand eines Finanzierungsplans für die Projektdauer zu bewerten ist;
3. die Berücksichtigung des Grundsatzes einer nachhaltigen Entwicklung;
4. die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderliche Prioritätsordnung der Projekte auf Grundlage der in den Nummern 1, 5 und 6 angeführten Kriterien;
5. die Arbeitsmarktlage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. die Vereinbarkeit der Aktivitäten der Einrichtung mit der definierten Regierungspolitik;
7. die Bemühungen des Arbeitgebers, den Satzungen der Vereinigung entsprechend und ohne gegen das Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen, zu verstoßen, Eigeneinnahmen zu erwirtschaften;
8. die Vorlage eines Gutachtens oder Inspektionsberichtes durch das Ministerium;
9. die überregionale Ausrichtung der Aktivitäten;
10. die Bindung der Existenz eines Arbeitgebers und/oder des Projektes an den Erhalt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses oder die Existenzgefährdung der Einrichtung im Falle der Streichung eines oder mehrerer AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;
11. die Aktivierung oder Unterstützung des Ehrenamtes;
12. die Konsolidierung des Bewährten;
13. die Vorlage und die konkrete Umsetzung eines arbeitsmarktorientierten Weiterbildungskonzeptes zugunsten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
14. die eingeschränkte Möglichkeit des Arbeitgebers, Eigeneinnahmen zu erwirtschaften;
15. der innovative Charakter des Projektes.

Unterabschnitt 2 – Projektantragsverfahren

Art. 24 – Projektantrag

Für den Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber anhand eines vom Ministerium zur Verfügung gestellten Formulars dort einen Projektantrag ein.

Der Projektantrag umfasst:

1. die Informationen zur Identifizierung des Arbeitgebers;
2. die Projektbeschreibung, die die in Artikel 23 erwähnten Elemente enthält;
3. die Anzahl beantragter Stellen;
4. einen Finanzierungsplan für die gesamte Projektdauer.

Art. 25 – Projektgenehmigung

Nach Überprüfung des Projektantrags durch das Ministerium entscheidet der Minister über den Antrag.

Das Ministerium übermittelt die Entscheidung dem Arbeitgeber.

Art. 26 – Projektverlängerung

Ein Jahr vor Ablauf der bewilligten Projektdauer kann ein Antrag auf Projektverlängerung gemäß den Artikeln 24 und 25 gestellt werden.

Art. 27 – Änderungen des Projektes

Der Arbeitgeber beantragt jegliche Abänderung des genehmigten Projekts, insbesondere was die zulässigen Aktivitäten betrifft, gemäß den Artikeln 24 und 25.

Wird ein ganztags beschäftigter AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter durch mehrere Teilzeitkräfte ersetzt und umgekehrt, gilt dies nicht als Abänderung.

Unterabschnitt 3 – Bezuschussungsbedingungen

Art. 28 – Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die Einhaltung der in Artikel 14 festgelegten Bedingungen;
2. die Einstellung des AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten innerhalb von sechs Monaten ab dem ersten Tag des Monats nach der in Artikel 25 erwähnten Genehmigung.

Unterabschnitt 4 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren

Art. 29 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren

Das Verfahren zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten sowie das Beschwerdeverfahren unterliegt den in den Artikeln 15 und 16 festgelegten Modalitäten.

Art. 30 – Ersetzung

Ein AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigter, der seine Stelle verlassen hat, kann für den weiteren Erhalt der Zuschüsse ersetzt werden. Der Arbeitgeber wahrt den Anspruch auf einen gemäß Artikel 21 des Dekrets festgelegten Zuschuss, falls die Ersetzung innerhalb von sechs Monaten ab dem Abgangsdatum des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt ist.

Unterabschnitt 5 – Bezuschussungsmodalitäten

Art. 31 – Zahlungsmodalitäten

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 29 unterliegt die Bezuschussung den in Kapitel 3 Abschnitt 4 festgelegten Modalitäten.

Art. 32 – Nicht-Auszahlung an bestimmte Einrichtungen

In Abweichung von Artikel 31 findet keine Auszahlung der Zuschüsse statt, wenn es sich bei den Arbeitgebern um die in Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe a) des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen handelt.

Art. 33 – Abtretung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei einem anderen in Artikel 19 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber von diesem übernommen werden, insofern das Projektziel, für das der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten weiterbeschäftigt wird, und die Aufgaben des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei dem neuen Arbeitgeber mit den bisherigen vergleichbar sind.

Der aktuelle Arbeitgeber teilt dem Minister mindestens 30 Tage vor der geplanten Übergabe schriftlich mit, dass er beabsichtigt, den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten an einen anderen Arbeitgeber abzutreten. In diesem Schreiben erklärt er ausdrücklich, dass er auf die genehmigten Zuschüsse zugunsten des künftigen Arbeitgebers verzichtet. Gleichzeitig fügt er diesem Schreiben eine Erklärung des künftigen Arbeitgebers bei, in der dieser sich zur Beibehaltung der sozialen Vorteile, der Kündigungsfrist, des Gehaltes und des Dienstalters, die dem AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei dem vorherigen Arbeitgeber zustanden, verpflichtet. Insofern die arbeits- und sozialrechtlichen Vorteile des neuen Arbeitgebers vorteilhafter sind als die des ursprünglichen Arbeitgebers, verpflichtet sich der neue Arbeitgeber, diese ebenfalls dem übernommenen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten zu gewähren.

Binnen 30 Tagen nach Erhalt des erwähnten Schreibens und der Erklärung entscheidet der Minister, ob und unter welchen Bedingungen der genehmigte Zuschuss für die Weiterbeschäftigung auf den künftigen Arbeitgeber übertragen werden kann.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung.

Abschnitt 2 – Konventionsstellen

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 34 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter:

1. Arbeitgeber: die in Artikel 24 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber;
 2. Zuschüsse: die in Artikel 26 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;
 3. BVA-Zuschüsse: die Zuschüsse, die in Anwendung des Königlichen Erlasses Nummer 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018, gewährt wurden;
 4. BVA: die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nummer 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018, definierten bezuschussten Vertragsarbeitnehmer.
- 

Unterabschnitt 2 – Zweckbestimmung

Art. 35 - Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten

Im Rahmen der Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die Arbeitgeber mittels eines Abkommens, das zwischen dem jeweiligen Arbeitgeber einerseits und dem Minister andererseits abgeschlossen wird, eine Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für die Beschäftigung von AktiF- und AktiF PLUS Berechtigten gemäß Artikel 37 oder 38 erhalten.

In Abweichung von Absatz 1 können Mehrgemeindepolizeizonen nur in den Genuss der Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für solche Arbeitnehmer gelangen, die zum nichtstatutarischen administrativen und logistischen Personal gemäß Artikel 118 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes gehören.

Art. 36 – Abkommen bezüglich der Abtretungen

Im Falle einer Abtretung im Sinne von Artikel 28 des Dekrets führt das entsprechende Abkommen zwischen den Gemeinden und den anderen Arbeitgebern und dem Minister zumindest das durch die jeweiligen Gemeinden an die Arbeitgeber mit Tätigkeit in der jeweiligen Gemeinde abgetretene Budget auf, insofern keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.

In Abweichung von den Artikeln 37 und 38 können die Abkommen hinsichtlich der Abtretungen des Budgets der Gemeinde an andere Arbeitgeber einmal jährlich auf Basis eines spätestens zum 1. November zu stellenden Antrags der Gemeinde abgeändert werden.

Unterabschnitt 3 – Budget

Art. 37 – Gemeinden

§1 – Den Gemeinden steht im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens fünf Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten zur Verfügung, das folgende Zuwendungen umfasst:

1. eine Basiszuwendung;
2. eine 1. Zusatzzuwendung;
3. eine 2. Zusatzzuwendung.

§2 – Die Regierung legt für die in §1 Nummer 1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichtigung der effektiven Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch die Gemeinden und die auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ verteilt wird.

Die in §1 Nummer 2 erwähnte 1. Zusatzzuwendung entspricht pro Gemeinde einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen Gemeinde und in den auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ. Diese 1. Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Die Regierung legt für die in §1 Nummer 3 erwähnte 2. Zusatzzuwendung im Rahmen

der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das proportional zur Anzahl beim Arbeitsamt eingetragener nicht beschäftigter Arbeitsuchender mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet zwischen den Gemeinden aufgeteilt wird. Für diese Berechnung dient als Referenzmonat der Monat Dezember des vorletzten Jahres des Jahres, in dem das in §1 erwähnte Abkommen beginnt.

Art. 38 – Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen, Gemeinderegionen

§1 – Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen und autonome Gemeinderegionen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß dem Artikel 36 abgetretenen Budget im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens 5 Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§2 – Die Regierung legt für die in §1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichtigung der tatsächlichen Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch den jeweiligen in Absatz 1 erwähnten Arbeitgeber mit Sitz im deutschen Sprachgebiet verteilt wird.

Die in §1 erwähnte Zusatzzuwendung entspricht pro Arbeitgeber einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA beim jeweiligen Arbeitgeber mit Sitz im deutschen Sprachgebiet. Diese Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in Absatz 1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Art. 39 – Indexierung des Budgets

Werden die in Kapitel 3 und Kapitel 4 Abschnitt 1 erwähnten Zuschüsse gemäß Artikel 21 indexiert, wird auch das gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts durch die Regierung festgelegte Budget für den jeweiligen Arbeitgeber nach der gleichen Formel von Rechts wegen angepasst.

Unterabschnitt 4 – Bezuschussungsbedingungen

Art. 40 – Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die Einhaltung der in Artikel 14 festgelegten Bedingungen;
2. die Bescheinigung wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts beim Ministerium eingereicht.

Unterabschnitt 5 – Bezuschussungsmodalitäten

Art. 41 – Zahlungsmodalitäten

Die Zahlung des Zuschusses erfolgt in Form eines monatlichen Vorschusses durch das Ministerium.

Die Vorschusszahlungen erfolgen auf Grundlage von Leistungskoeffizienten, die vierteljährlich und spätestens innerhalb des Monats nach Ablauf des Trimesters, auf welches sie sich beziehen, elektronisch durch den Arbeitgeber beim Ministerium einzureichen sind.

Die Leistungskoeffizienten werden monatlich berechnet und entsprechen der Anzahl tatsächlich bezahlter Arbeitstage oder -stunden geteilt durch die Anzahl zu bezahlender Arbeitstage oder -stunden des betreffenden Monats. Die so errechneten monatlichen Leistungskoeffizienten werden addiert und unter Berücksichtigung der Arbeitszeitregelung mit einem Zwölftel des Jahreszuschusses multipliziert.

Die monatlichen Vorschüsse entsprechen einem Zwölftel des gemäß den Artikeln 37, 38 und ggf. 39 festgelegten Budgets. Im Laufe des ersten Semesters des Jahres, das dem zu bezuschussenden Jahr folgt, erfolgt die definitive Verrechnung der ausgezahlten Vorschüsse.

Art. 42 – Nicht Einreichen der Leistungskoeffizienten

In Ermangelung der Einreichung der Leistungskoeffizienten wird nach Ablauf einer Frist von drei Monaten, nach dem Monat, auf den sich die Leistungskoeffizienten beziehen, der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 43 – Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

Die Deckelung und die Verrechnung der Zuschüsse mit anderen Interventionen unterliegt der Anwendung von Artikel 19.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 werden im Falle einer Teilzeitbeschäftigung die in Artikel 26 des Dekrets angeführten Zuschüsse jeweils auf Grundlage der Arbeitsdauer im Verhältnis zu einer Vollbeschäftigungszeit beim betreffenden Arbeitgeber gekürzt.

Art. 44 – Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse

Die Einbehaltung und Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Zuschüsse unterliegt der Anwendung von Artikel 20.

Art. 45 – Indexierung

Die Indexierung unterliegt der Anwendung von Artikel 21.

Art. 46 – Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung die in Artikel 26 des Dekrets vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.

KAPITEL 5 – INVERZUGSETZUNG, AUSSETZUNG UND AUFHEBUNG

Art. 47 – Inverzugsetzung

Wenn das Ministerium feststellt, dass der Arbeitgeber eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt das Ministerium den Arbeitgeber in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen und innerhalb derselben Frist Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Arbeitgeber spätestens zehn Tage vor Ablauf

der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Ministerium beantragen.

Art. 48 – Aussetzung

Kommt der Arbeitgeber nach der in Artikel 47 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einer Stellungnahme des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 49 – Beschwerde gegen die Aussetzung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aussetzung der Auszahlung bei der Regierung Beschwerde einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Arbeitgeber übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats, beginnend ab dem Tag der Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Zulässigkeit der Beschwerde. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den die Beschwerde eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 50 – Aufhebung

Kommt der Arbeitgeber nach Ablauf der Dauer der in Artikel 48 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse definitiv aufheben.

Vor der Aufhebung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufhebung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 51 – Beschwerde gegen die Aufhebung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aufhebung der Auszahlung gemäß den in Artikel 49 festgelegten Modalitäten Beschwerde gegen den betreffenden Beschluss einreichen.

Art. 52 – Ausschluss von der Gewährung von Zuschüssen



Unbeschadet der Anwendung von Artikel 35 und Kapitel 7 des Dekrets schließt das Vorliegen folgender Tatbestände den Arbeitgeber für höchstens 5 Jahre von der Gewährung der Zuschüsse aus:

1. das Vorliegen eines rechtskräftigen Aufhebungsbeschlusses;
2. bei wiederholten festgestellten Verstößen gegen das Dekret oder seine Ausführungsbestimmungen.

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 53 – Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit werden aufgehoben:

1. Artikel 78sexies Absatz 2, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 3. Februar 2010;
2. Artikel 131quinquies, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2004.

Art. 54 – Abänderungsbestimmung

Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2004, wird aufgehoben.

Art. 55 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 24. Januar 2013 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 6 – Die in Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Zielgruppenermäßigung kann wie folgt gewährt werden:

1. in Höhe des Pauschalbetrages G3 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 55 Jahren erreicht haben;
2. in Höhe des Pauschalbetrages G2 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 56 Jahren erreicht haben;
3. in Höhe des Pauschalbetrages G1 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 59 Jahren erreicht haben;
4. in Höhe des Pauschalbetrages G8 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 62 Jahren erreicht haben.“

Art. 56 – Abänderungsbestimmung

In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. März 2018, wird folgender Artikel 6/1 eingefügt:

„Art. 6/1 - Die in Artikel 339 Absatz 1 Nummer 3 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Lohngrenze liegt bei 13.942,47 Euro.“

Art. 57 – Abänderungsbestimmung

Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom

6

21. Januar 2004 und den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in §4 wird folgende Nummer 13 eingefügt:

„13. die Beschäftigungsperioden im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern in seiner Fassung vom 31. Dezember 2017.“

2. §7 wird aufgehoben;

3. folgender §8 wird eingefügt:

„§8 – Für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen, die in den Anwendungsbereich des vorliegenden Artikels fallen und deren Arbeitsantritt nach dem 31. Dezember 2018 liegt, wird die im vorliegenden Artikel erwähnte Zielgruppenermäßigung nicht mehr gewährt.“

Art. 58 – Abänderungsbestimmung

Artikel 14bis Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004, wird aufgehoben.

Art. 59 – Aufhebungsbestimmung

Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 16. Mai 2003 und vom 1. April 2004;

2. der Königliche Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 16. Mai 2003 und vom 1. April 2004;

3. der Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2017 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen in Ausführung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen.

Art. 60 – Übergangsbestimmung

Die Anträge der Arbeitskarten und die Anträge der Abänderungen der Arbeitskarten gemäß den Bedingungen des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender und des Königlichen Erlasses vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018, von Arbeitnehmern, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingestellt wurden, sind spätestens am 30. Juni 2019 einzureichen. Nach diesem Datum verliert der Arbeitnehmer das Anrecht auf die in den vorerwähnten Königlichen Erlassen vorgesehenen Aktivierungen.

Art. 61 – Übergangsbestimmung

Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses liegt, wird die in Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von

Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser und die in Artikel 131quinquies des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnte Wiedereingliederungszulage weiterhin gewährt.

Art. 62 – Übergangsbestimmung

Arbeitnehmer, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser eingestellt wurden, müssen im Besitz einer Bescheinigung des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung sein, die spätestens am 30. Juni 2019 beantragt wurde und die bescheinigt, dass der Arbeitnehmer die in Artikel 14 §§1 bis 3 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge festgelegten Bedingungen erfüllt. Nach diesem Datum verliert der Arbeitnehmer das Anrecht auf die in den vorerwähnten Königlichen Erlassen erwähnten Aktivierungen.

Art. 63 – Übergangsbestimmung

Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses liegt, werden den Arbeitgebern weiterhin die finanziellen Interventionen der öffentlichen Sozialhilfezentren gemäß den im Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, und den im Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, erwähnten Bedingungen gewährt.

Art. 64 – Übergangsbestimmung

Arbeitnehmer, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird oder im Rahmen des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, eingestellt wurden, müssen im Besitz einer Bescheinigung des öffentlichen Sozialhilfezentrums sein, die spätestens am 30. Juni 2019 beantragt wurde und die bescheinigt, dass der Arbeitnehmer die in den vorerwähnten Erlassen festgelegten Bedingungen erfüllt. Nach diesem Datum verliert der Arbeitnehmer das Anrecht auf die in den vorerwähnten Königlichen Erlassen erwähnten Aktivierungen.

Art. 65 – Übergangsbestimmung

Der Arbeitnehmer, der am 31. Dezember 2018 58 Jahre alt ist und an diesem Tag das Anrecht auf eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in Anwendung vom Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Höhe des in Artikel 336 desselben

Gesetzes erwähnten Pauschalbetrages G1 eröffnen kann, kommt bis zum letzten Tag des Quartals, das dem Quartal vorausgeht, in dem er das Alter von 59 Jahren erreicht, in den Genuss dieser Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Art. 66 – Übergangsbestimmung

Artikel 13 des Dekrets ist anwendbar auf Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets einer in Artikel 13 erwähnten mittelständischen Lehre oder Industrielehre folgen und die nachweisen, dass sie zu Beginn dieser mittelständischen Lehre oder Industrielehre die AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschussbedingungen erfüllten, insofern sie im Anschluss beim selben Arbeitgeber beschäftigt werden.

Art. 67 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Art. 68 – Durchführungsbestimmung

Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, l'article 339, modifié en dernier lieu par le décret du 28 mai 2018;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 3, alinéa 2, l'article 4, alinéa 3, l'article 5, alinéa 2, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, alinéa 2, l'article 8, alinéa 3, l'article 9, l'article 11, § 4, l'article 13, § 4, l'article 14, § 3, l'article 16, alinéa 2, l'article 17, alinéa 2, l'article 18, alinéa 2, l'article 20, alinéa 2, l'article 21, § 4, l'article 22, l'article 23, alinéa 2, l'article 25, l'article 26, § 4, l'article 33, l'article 35, alinéa 3, l'article 36, alinéa 2, l'article 53 et l'article 59, alinéa 2;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer;

Vu l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale;

Vu l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle;

Vu l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2017 portant fixation de la dotation de base et des dotations supplémentaires en exécution de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;

Vu le protocole n° S5/2018 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 8 mai 2018;

Vu la demande de concertation introduite le 26 avril 2018 auprès du ministre fédéral de l'Emploi en application de l'article 6, § 3*bis*, 1°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles; considérant qu'aucun avis n'a été émis dans les trente jours;

Vu l'avis de l'Office national de sécurité sociale, donné le 24 mai 2018;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ...;

Vu l'avis du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 22 mai 2018;

Considérant l'avis de l'Office national de l'emploi, donné le [*];

Considérant l'avis du Service public fédéral Intégration sociale, donné le [*];

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

2° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour l'Emploi;

3° ministère : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'Emploi.

Pour l'application des chapitres 1, 3 et 4, il faut entendre par « entrée en service », le jour où :

1° le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est réellement engagé;

2° un contrat de travail écrit est conclu;

3° la déclaration correspondante conformément à l'article 4 de l'arrêté royal du 5 novembre 2002 instaurant une déclaration immédiate de l'emploi, en application de l'article 38 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux des pensions, est introduite.

Art. 2 – Personnes assimilées à des demandeurs d'emploi inoccupés

Les anciens frontaliers, non occupés, au sens du règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale sont assimilés à des demandeurs d'emploi inoccupés au sens de l'article 3, 3°, du décret s'ils :

1° sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi;

2° ne sont pas soumis à l'obligation scolaire;

3° n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite.

Art. 3 – Périodes assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi

Sont assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi mentionnée à l'article 3, 4°, du décret les périodes suivantes :

1° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi est inscrit en tant que tel auprès de l'autorité compétente d'une autre entité fédérale et où il est inoccupé;

2° la période, située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi, au cours de laquelle le demandeur d'emploi est lié par un contrat de travail, se trouve dans une relation statutaire ou exerce une activité d'indépendant à titre principal, dans la mesure où la durée totale de cette période ne dépasse pas trente jours;

3° la période, située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi, qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité ou d'assurance maternité;

4° la période au cours de laquelle est perçu le revenu d'intégration en application de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

5° la période qui a donné lieu au paiement de l'aide sociale financière pour les personnes qui, en raison de leur nationalité, n'ont pas droit au revenu d'intégration et sont inscrites dans le registre de la population ou dans celui des étrangers;

6° la période de détention ou d'emprisonnement située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi;

7° la période d'occupation en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale;

8° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi exécute un contrat de travail ALE conformément à la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE;

9° la période au cours de laquelle est suivie l'une des formations organisées ou reconnues par l'Office de l'emploi ou l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et dont le ministre fixe la liste;

10° une période de douze mois maximum pour les demandeurs d'emploi inoccupés qui n'étaient pas inscrits comme demandeurs d'emploi, étant donné qu'ils ont interrompu volontairement leur carrière pour s'occuper de l'éducation de leurs enfants ou prendre en charge des proches en situation de dépendance ou de manque d'autonomie, et qui se réinsèrent sur le marché de l'emploi;

11° la période d'occupation dans le cadre de l'économie sociale d'insertion au cours de laquelle le demandeur d'emploi a droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

12° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi inoccupé a été dispensé de l'obligation de disponibilité mentionnées aux articles 89 et 90 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Art. 4 – Durée de validité de l'attestation

L'attestation mentionne l'une des dates de validité suivantes :

1° la date à laquelle l'attestation a été établie auprès de l'Office de l'emploi, si le demandeur d'emploi inoccupé n'a pas encore été engagé;

2° la date de l'entrée en service ou du début d'une mesure mentionnée aux articles 9, 12 ou 13 du décret.

L'attestation est demandée auprès de l'Office de l'emploi au plus tard le 30^e jour à dater de l'entrée en service du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

La durée de validité de l'attestation est fixée à quatre mois.

Si une nouvelle attestation est demandée pendant la période de validité de l'ancienne, un duplicata avec la même validité que celle de l'ancienne attestation est délivré.

L'Office de l'emploi peut délivrer d'office une attestation à un demandeur d'emploi non occupé s'il dispose de toutes les informations nécessaires pour établir clairement que le demandeur d'emploi inoccupé est bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

L'Office de l'emploi peut transmettre une copie de l'attestation à des tiers, dans la mesure où ceux-ci peuvent faire valoir un intérêt légitime.

Art. 5 – Mesures en faveur de l'emploi

§ 1^{er} – Les mesures en faveur de l'emploi, visées à l'article 16 du décret, sont :

1° la mesure prévue à l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale;

2° les mesures prévues aux articles 55, 57, 58 et 61 du décret;

3° la mesure prise dans le cadre de l'économie sociale d'insertion au cours de laquelle le demandeur d'emploi avait droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

4° les mesures AktiF ou AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, prévues dans le cadre du décret.

§ 2 – Par nouvel engagement au sens des articles 21 et 26 du décret, il faut entendre l'entrée en service d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, dans la mesure où il n'était pas, dans une période d'une année, occupé auprès du même employeur ou d'un établissement lié à ce dernier; cela ne s'applique pas aux travailleurs qui étaient occupés auprès du même employeur ou d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre de l'une des mesures favorisant l'emploi mentionnées au § 1^{er}.

§ 3 – Si un travailleur est occupé auprès d'un employeur dans le cadre de la mesure mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 4°, et a été – après une période d'interruption – à nouveau occupé auprès du même employeur dans un délai d'un an, ces périodes d'interruption sont assimilées à des périodes d'occupation pour calculer les périodes mentionnées aux articles 11, 21 et 26 du décret et le montant des subventions.

Le § 1^{er}, 4°, ne s'applique pas lorsque la durée d'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS fixée à l'article 11, § 1^{er}, a expiré.

Dans le cas de l'alinéa 1^{er} :

1° il ne s'agit pas d'un nouvel engagement au sens des articles 21 et 26 du décret;

2° le transfert entre les champs d'application des chapitres 3 et 4 du décret, conformément à l'article 30 du décret, n'est pas possible.

§ 4 – Pour l'application du chapitre 4, section 2, du décret, une nouvelle attestation n'est pas nécessaire si la période d'interruption mentionnée au § 3 a duré moins de deux mois.

Art. 6 – Incompatibilités

Les subventions AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec les subventions liquidées en application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs.

Les subventions AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec l'aide prévue aux articles 12*bis* à 12*septies* de l'arrêté royal n° 25 du 24 mars 1982 créant un programme de promotion de l'emploi dans le secteur non-marchand.

Chapitre 2 – Conditions de subventionnement

Section 1^{re} – Bénéficiaires des mesures AktiF

Art. 7 – Perte d'emploi involontaire

Par « perdre son emploi involontairement » au sens de l'article 5 du décret, il faut entendre :

- 1° la perte de l'emploi en raison d'un licenciement par le dernier employeur;
- 2° la non-prolongation d'un contrat de travail à durée déterminée;
- 3° la perte de l'emploi pour des raisons sanitaires et/ou psychologiques constatées officiellement;
- 4° la fin de l'activité indépendante à la suite d'une faillite.

S'il s'agit d'un demandeur d'emploi âgé au sens de l'article 5 du décret, la demande sera accompagnée d'une déclaration sur l'honneur confirmant qu'il a involontairement perdu son dernier emploi.

Par dérogation à l'alinéa 2, le travailleur âgé qui, la veille de l'établissement de l'attestation ou de son entrée en fonction, était chômeur indemnisé en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage ou apporte la preuve de raisons sanitaires et/ou psychologiques constatées officiellement est dispensé de l'obligation d'introduire cette déclaration sur l'honneur.

À la demande de l'Office de l'emploi ou du ministère, les raisons mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, sont prouvées par des pièces justificatives utiles.

Art. 8 – Conditions supplémentaires à l'obtention de la subvention AktiF pour les victimes de restructurations

Pour pouvoir bénéficier d'une subvention AktiF conformément à l'article 7 du décret :

- 1° le demandeur d'emploi inoccupé est en possession de la « carte de réduction restructurations » mentionnée à l'article 15/1 de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations;
- 2° le demandeur d'emploi inoccupé est porteur, au plus, d'un titre de formation mentionné à l'article 4, § 1^{er}, 2°, du décret.

Section 2 – Bénéficiaires des mesures AktiF PLUS

Art. 9 – Réduction de la capacité de travail

Est considéré comme ayant une capacité de travail réduite au sens de l'article 8, alinéa 2, 1°, du décret le demandeur d'emploi inoccupé qui :

- 1° remplit les conditions médicales pour pouvoir prétendre à une allocation de remplacement de revenus ou à une allocation d'intégration dans le cadre de la législation relative aux personnes handicapées;
- 2° était occupé auprès d'un atelier protégé ou social en tant que travailleur d'un groupe cible;

3° a droit à des prestations familiales majorées en raison d'une incapacité physique ou mentale d'au moins 66 %;

4° possède une attestation délivrée par la Direction générale des personnes handicapées du Service public fédéral Sécurité sociale et octroyant des avantages sociaux et fiscaux;

5° montre une incapacité permanente d'au moins 33 %, qu'un médecin agréé par l'Office national de l'emploi a constatée conformément à la procédure prévue à l'article 141 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

6° classé comme éloigné du marché du travail par l'Office de l'emploi en raison d'une combinaison de facteurs psycho-médico-sociaux affectant sa santé et/ou son intégration sociale et donc son intégration professionnelle de manière telle qu'il ne sera plus en mesure, dans les douze prochains mois, de participer au circuit économique habituel ou de travailler dans le cadre d'un travail accompagné et adapté;

7° montre une incapacité permanente qu'un médecin agréé par l'Office de l'emploi a constatée et qui correspond au pourcentage mentionné au 5°;

8° bénéficie, dans le cadre des missions mentionnées à l'article 11, § 1^{er}, 2° et 3°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, d'un plan de soutien de cet Office.

Art. 10 – Test pour déterminer le niveau de langue

Pour l'application de l'article 8, alinéa 2, 4°, du décret, l'Office de l'emploi organise un test pour déterminer le niveau de langue du demandeur d'emploi, si celui-ci n'est porteur ni d'un diplôme certifiant qu'il a au moins le niveau de langue B1 en allemand, ni d'un diplôme certifiant qu'il a au moins le niveau de langue B1 en français.

La durée de validité des résultats du test ou d'un diplôme certifiant un niveau de langue inférieur est de vingt-quatre mois.

Art. 11 – Mesures d'intégration socioprofessionnelle

Les mesures d'intégration socioprofessionnelle mentionnées à l'article 9 consistent en des mesures préparatoires et des mesures d'intégration.

Le ministre fixe la liste des mesures mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Chapitre 3 – Subventions générales

Section 1^{re} – Dispositions communes

Art. 12 – Définitions

Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par « subventions » les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées aux articles 11 ou 13 du décret.

Art. 13 – Mesures de formation

Les mesures de formation visées à l'article 13 du décret sont :

1° la formation individuelle dans une entreprise mentionnée au chapitre IV de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle;

2° le stage de transition prévu au chapitre 4.1 du même arrêté;

3° la formation en entreprise mentionnée dans l'arrêté du Gouvernement du

10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

4° l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

5° l'apprentissage industriel mentionné dans la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel.

Les mesures prises par d'autres entités, ayant un objectif équivalent ou organisées d'une manière comparable aux mesures mentionnées au premier alinéa, sont aussi considérées comme des mesures de formation au sens de l'article 13 du décret.

Section 2 – Conditions de subventionnement

Art. 14 – Conditions de subventionnement

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

1° les conditions fixées par le décret sont respectées;

2° l'entrée en service ou le début de la mesure mentionnée aux articles 9, 12 ou 13 se situent pendant la durée de validité de l'attestation;

3° l'engagement du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS s'effectue dans le cadre d'un contrat écrit, conclu conformément aux dispositions de la loi du 3 juillet 1978 sur les contrats de travail, contenant une clause informant ledit bénéficiaire que la période de préavis est de sept jours conformément à l'article 37/5 de la loi du 3 juillet 1978 susmentionnée;

4° l'occupation du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est en conformité avec l'ordre public et la sécurité publique;

5° l'occupation du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS s'effectue conformément aux dispositions en matière de rémunération et à d'autres conditions de travail;

6° la rémunération ou d'autres avantages extralégaux du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS correspondent à ce qu'un membre du personnel pourrait obtenir pour la même fonction ou une fonction similaire.

Section 3 – Procédures d'engagement et de recours

Art. 15 – Procédure d'engagement

§ 1^{er} – En vue d'obtenir une subvention pour l'engagement de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS, l'employeur introduit l'attestation auprès du ministère, sous format électronique ou papier.

L'attestation est établie au plus tard le 45^e jour à dater de l'entrée en service du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Le ministre fixe, sur proposition de l'Office de l'emploi, le modèle de l'attestation.

§ 2 – Le ministère examine la recevabilité de l'attestation.

Le ministre communique sa décision à l'employeur dans les quinze jours suivant l'introduction de l'attestation.

Art. 16 – Procédure de recours

En cas de refus, l'employeur peut introduire un recours auprès du ministre.

L'employeur communique au ministre le recours motivé avec tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans le mois suivant la réception du refus.

Le ministre statue sur l'octroi de subvention dans un délai de quarante-cinq jours à compter de la réception du recours. À défaut de décision dans le délai imparti, le recours est censé être rejeté.

Section 4 – Modalités de subventionnement

Art. 17 – Modalités de liquidation

En cas de décision favorable du ministre conformément aux articles 15 et 16, les subventions sont liquidées mensuellement par le ministère en tant qu'avances.

La première avance est liquidée d'après les données figurant dans la demande. Les suivantes le sont d'après les données contenues dans les justificatifs de traitement se rapportant au mois précédent.

Le contrat de travail écrit est transmis au ministère immédiatement après la décision mentionnée à l'article 15 ou 16. S'il n'a pas été transmis au jour de la première avance, la subvention n'est pas liquidée en tant qu'avance.

Art. 18 – Justificatifs de traitement

L'employeur introduit les justificatifs de traitement auprès du ministère dans les deux premières semaines suivant le mois auquel ils se rapportent. Les justificatifs de traitement peuvent également être introduits par voie électronique.

Au terme de ce délai, la subvention n'est plus liquidée sous forme d'avance.

Au terme d'un délai de trois mois suivant celui auquel se rapportent les justificatifs de traitement, la subvention n'est plus liquidée.

Art. 19 – Plafond et décompte d'autres interventions

§ 1^{er} – Le montant total annuel des subventions ne peut pas dépasser la somme des montants suivants :

- 1° le traitement brut du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;
- 2° le pécule de vacances du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;
- 3° la prime de fin d'année à payer au bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS en vertu de la législation ou de la convention collective à appliquer ou l'intervention prescrite dans les frais de transport vers le lieu de travail;
- 4° les montants à verser par l'employeur en faveur de l'Office national de sécurité sociale.

Pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, la subvention est réduite du montant d'autres interventions publiques dans les coûts salariaux si la somme de toutes ces interventions dépasse le montant total des coûts salariaux.

§ 2 – L'employeur est obligé d'informer sans délai le ministère de tout changement intervenu au niveau du régime de travail et de toute intervention publique dans les coûts salariaux du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Art. 20 – Subventions liquidées indûment

Les subventions liquidées indûment sont retenues sur les montants restant dus à l'employeur et récupérées le cas échéant. Une subvention est réputée liquidée indûment lorsque le ministère constate que l'employeur a reçu des subventions bien qu'en application du décret ou du présent arrêté, aucune liquidation n'aurait dû avoir lieu, ou alors une liquidation réduite.

Art. 21 – Indexation

Au 1^{er} janvier de chaque année, les subventions peuvent être adaptées, dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année civile et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

Chapitre 4 – Subventions spécifiques

Section 1^{re} – Postes liés à des projets

Sous-section 1^{re} – Dispositions générales

Art. 22 – Définitions

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « subventions » les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées à l'article 21 du décret.

Art. 23 – Poste lié à un projet

Par « poste lié à un projet » au sens de l'article 20 du décret, il faut entendre des projets pour l'exécution desquels des subventions AktiF ou AktiF PLUS sont accordées en tenant compte des critères suivants :

1° le taux de couverture du projet par rapport au besoin social en région de langue allemande;

2° la viabilité financière du projet, évaluée en se basant sur les bilans de maximum trois années précédant la demande et sur le plan de financement pour la durée du projet;

3° le respect des principes d'un développement durable;

4° l'ordre de priorité des projets, imposé par les limites des crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone et établi sur la base des critères mentionnés aux 1°, 5° et 6°;

5° la situation du marché de l'emploi en Communauté germanophone;

6° la compatibilité des activités de l'établissement avec la politique gouvernementale définie;

7° les efforts de l'employeur pour générer des ressources propres, conformément aux statuts de l'association et dans le respect de la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans

but lucratif, les fondations, les partis politiques européens et les fondations politiques européennes;

8° la présentation d'un avis ou rapport d'expertise par le ministère;

9° l'orientation transrégionale des activités;

10° la liaison de l'existence d'un employeur et/ou du projet à l'obtention d'une subvention AktiF ou AktiF PLUS ou la menace sur la pérennité de l'institution en cas de la suppression d'une ou de plusieurs subventions AktiF ou AktiF PLUS;

11° l'activation ou le soutien du bénévolat;

12° la consolidation de bonnes pratiques;

13° la présentation et la mise en œuvre concrète d'un concept de formation continuée, orienté sur le marché du travail, au profit du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;

14° la possibilité restreinte, pour l'employeur, de générer des ressources propres;

15° le caractère novateur du projet.

Sous-section 2 – Procédure de demande relative à un projet

Art. 24 – Demande relative à un projet

Pour obtenir une subvention en vue de recruter un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, l'employeur introduit auprès du ministère une demande relative à un projet, et ce, au moyen d'un formulaire mis à disposition par celui-ci.

La demande comprend :

1° les informations relatives à l'identité de l'employeur;

2° la description du projet, laquelle reprend les éléments mentionnés à l'article 23;

3° le nombre d'emplois demandé;

4° un plan de financement pour toute la durée du projet.

Art. 25 – Approbation du projet

Le ministre statue sur la demande après vérification par le ministère.

Le ministère communique à la décision à l'employeur.

Art. 26 – Prolongation du projet

Une demande de prolongation peut être introduite un an avant l'expiration de la durée initialement autorisée pour le projet, conformément aux articles 24 et 25.

Art. 27 – Modifications apportées au projet

L'employeur demande toute modification du projet approuvé, notamment en ce qui concerne les activités autorisées, conformément aux articles 24 et 25.

Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS occupé à temps plein est remplacé par plusieurs temps partiel et vice-versa, cela ne constitue pas une modification.

Sous-section 3 – Conditions de subventionnement

Art. 28 – Conditions de subventionnement

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

- 1° le respect des conditions fixées à l'article 14;
- 2° le recrutement du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans un délai de six mois à partir du premier jour du mois suivant l'approbation mentionnée à l'article 25.

Sous-section 4 – Procédures d'engagement et de recours

Art. 29 – Procédures d'engagement et de recours

La procédure en vue d'obtenir une subvention pour recruter un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, ainsi que la procédure de recours sont soumises aux modalités fixées aux articles 15 et 16.

Art. 30 – Remplacement

Un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui a quitté son emploi peut être remplacé pour continuer à bénéficier de la subvention. L'employeur conserve son droit à la subvention fixée conformément à l'article 21 du décret si le remplacement intervient dans les six mois suivant le départ du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Sous-section 5 – Modalités de subventionnement

Art. 31 – Modalités de liquidation

En cas de décision favorable du ministre conformément à l'article 29, la subvention est soumise aux modalités fixées au chapitre 3, section 4.

Art. 32 – Non-liquidation à certains organismes

Par dérogation à l'article 31, les subventions ne sont pas liquidées si les employeurs sont des organismes mentionnés à l'article 2, 2°, a), du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 33 – Cession de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS

La subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise, pour le maintien en service dudit bénéficiaire, par un autre employeur mentionné à l'article 19 du décret, pour autant que l'objectif du projet pour lequel ledit bénéficiaire est maintenu en service et les tâches qu'il accomplit auprès de ce nouvel employeur soient comparables à ceux de son précédent poste.

L'employeur actuel informe le ministre par écrit, au moins trente jours avant la remise prévue, qu'il envisage de transférer à un autre employeur le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Dans sa lettre, il explique expressément qu'il renonce aux subventions approuvées au profit du futur employeur. Parallèlement, il joint une déclaration du futur employeur dans laquelle celui-ci s'engage à maintenir les avantages sociaux, le préavis, le traitement et l'ancienneté auxquels le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS pouvait prétendre auprès de son ancien employeur. Si le nouvel employeur propose de meilleurs avantages liés au droit du travail et au droit social par rapport à l'ancien, il s'engage à les accorder également au bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS transféré.

Le ministre décide, dans les trente jours qui suivent la réception de la lettre et de la déclaration susmentionnées, si la subvention approuvée pour le maintien en service peut être transférée au futur employeur et dans quelles conditions.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement.

Section 2 – Emplois réglés par une convention

Sous-section 1^{re} – Dispositions générales

Art. 34 – Définitions

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par :

1° employeurs : les employeurs mentionnés à l'article 24 du décret;

2° subventions : les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées à l'article 26 du décret ;

3° subventions T.C.S. : les subventions accordées en application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, dans sa version du 31 décembre 2018;

4° T.C.S. : les travailleurs contractuels subventionnés, définis à l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, dans sa version du 31 décembre 2018.

Sous-section 2 – Affectation

Art. 35 – Participation aux frais de salaire et de traitement

Dans la limite des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, les employeurs peuvent, par le biais d'une convention conclue entre l'employeur concerné, d'une part, et le ministre, d'autre part, obtenir une intervention dans les frais de salaire et de traitement pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS, conformément aux articles 37 ou 38.

Par dérogation au premier alinéa, les zones pluricommunales de police locale ne peuvent bénéficier du droit à l'intervention dans les frais de salaire et de traitement que pour des travailleurs qui appartiennent au personnel administratif et logistique non statutaire conformément à l'article 118 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

Art. 36 – Conventions portant sur les cessions

En cas de cession au sens de l'article 28 du décret, la convention concernée, conclue entre les communes et les autres employeurs et le ministre reprend au moins le budget cédé par les différentes communes aux employeurs actifs dans la commune concernée, dans la mesure où le bénéficiaire de la cession n'a pas remis d'avis contraire au moment de l'introduction de la convention auprès du ministère.

Par dérogation aux articles 37 et 38, les conventions relatives à la cession du budget de la commune à d'autres employeurs peuvent être modifiées une fois par an, sur la base d'une demande de la commune introduite au plus tard le 1^{er} novembre.

Sous-section 3 – Budget

Art. 37 – Communes

§ 1^{er} – Dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de cinq ans, les communes disposent d'un budget annuel pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS comprenant les dotations suivantes :

- 1° une dotation de base;
- 2° une première dotation supplémentaire;
- 3° une deuxième dotation supplémentaire.

§ 2 – Pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}, 1°, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti en tenant compte de l'utilisation effective des subventions T.C.S. en 2015 par les communes et les CPAS situés sur leur territoire respectif.

La première dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 2°, correspond, par commune, à un montant de 7 345 euros, multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 dans la commune concernée et dans les CPAS situés sur son territoire et exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette première dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

Pour la deuxième dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 3°, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti entre les communes proportionnellement au nombre de demandeurs d'emploi inoccupés, domiciliés en région de langue allemande et inscrits auprès de l'Office de l'emploi. Pour ce calcul, c'est le mois de décembre de l'avant-dernière année précédant celle où débute la convention mentionnée au § 1^{er} qui sert de mois de référence.

Art. 38 – Zones de police pluricommunales, intercommunales pures, régies communales

§ 1^{er} – En plus du budget cédé conformément à l'article 36 par les différentes communes membres dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de 5 ans, les zones de police locale pluricommunales, les intercommunales pures et les régies communales peuvent obtenir, pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS, un budget annuel comprenant une dotation de base et une dotation supplémentaire.

§ 2 – Pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti en tenant compte de l'utilisation effective des subventions T.C.S. en 2015 par l'employeur concerné, mentionné au premier alinéa et ayant son siège en région de langue allemande.

La dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er} correspond, par employeur, à un montant de 7 345 euros, multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 auprès de l'employeur concerné ayant son siège en région de langue allemande et exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au premier alinéa.

Art. 39 – Indexation du budget

Si les subventions mentionnées aux chapitres 3 et 4, section 1^{re}, sont indexées

conformément à l'article 21, le budget fixé par le Gouvernement conformément aux dispositions de la présente section pour l'employeur concerné est adapté d'office suivant la même formule.

Sous-section 4 – Conditions de subventionnement

Art. 40 – Conditions de subventionnement

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

- 1° le respect des conditions fixées à l'article 14;
- 2° l'attestation est introduite auprès du ministère au plus tard le 45^e jour à dater de l'entrée en fonction.

Sous-section 5 – Modalités de subventionnement

Art. 41 – Modalités de liquidation

La liquidation de la subvention est effectuée sous forme d'avance mensuelle par le ministère.

Les avances sont liquidées sur la base de coefficients de prestation, transmis trimestriellement par voie électronique par l'employeur au Ministère, et ce, au plus tard dans le mois suivant la fin du trimestre auquel ils se rapportent. Les coefficients de prestation sont calculés mensuellement et correspondent au nombre de jours ou d'heures de travail effectivement payés, divisé par le nombre de jours ou d'heures de travail du mois en cause à payer. Les coefficients de prestation mensuels ainsi calculés sont additionnés et multipliés, en tenant compte du régime de travail, par un douzième de la subvention annuelle.

Les avances mensuelles correspondent à un douzième du budget fixé conformément aux articles 37, 38 et, le cas échéant, 39. La compensation définitive des avances liquidées s'effectue au cours du premier semestre de l'année suivant celle à subventionner.

Art. 42 – Non-présentation des coefficients de prestation

À défaut de présentation des coefficients de prestation, la subvention en question n'est plus liquidée au terme d'un délai de trois mois suivant le mois auquel se rapportent lesdits coefficients.

Art. 43 – Plafond et décompte d'autres interventions

Le plafond des subventions et le décompte d'autres interventions sont soumis à l'application de l'article 19.

Sans préjudice de l'application du premier alinéa, les subventions mentionnées à l'article 26 du décret sont – dans le cas d'une occupation à temps partiel – à chaque fois réduites, sur la base de la durée des prestations, au prorata d'un emploi à temps plein auprès de l'employeur concerné.

Art. 44 – Subventions liquidées indûment

La retenue et la répétition de subventions liquidées indûment sont soumises à l'application de l'article 20.

Art. 45 – Indexation

L'indexation est soumise à l'application de l'article 21.

Art. 46 – Adaptation aux crédits budgétaires disponibles

Afin de les adapter aux crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants prévus à l'article 26 du décret.

Chapitre 5 – Mise en demeure, suspension et suppression

Art. 47 – Mise en demeure

Si le ministère constate que l'employeur ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté ou en viole les dispositions, il le met en demeure de se conformer à ces obligations dans un délai de trente jours et de s'expliquer, dans le même délai, sur les faits qui lui sont reprochés.

Sur demande motivée, l'employeur peut – au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa – demander au ministère une prorogation unique de trente jours au maximum.

Art. 48 – Suspension

§ 1^{er} – Si l'employeur, après l'invitation mentionnée à l'article 47, continue à ne pas remplir les obligations, le ministre suspend la liquidation des subventions sur avis du ministère.

Avant la suspension, le ministre communique son intention à l'employeur concerné par lettre recommandée. Dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'employeur peut introduire auprès du ministre une prise de position motivée.

Dans les quinze jours suivant la réception de la prise de position ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur la suspension de la liquidation et la durée de celle-ci.

Cette décision est immédiatement transmise à l'employeur concerné.

Art. 49 – Recours contre la suspension

L'employeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de suspension de la liquidation. Le recours n'est pas suspensif.

L'employeur communique au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans un délai d'un mois à dater de la notification de la décision de suspension.

Le Gouvernement statue sur la recevabilité du recours dans un délai de quarante-cinq jours à compter de la réception dudit recours. À défaut de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle le recours avait été introduit est censée être confirmée.

Art. 50 – Arrêt

Si l'employeur, au terme de la durée de la suspension mentionnée à l'article 48, continue à ne pas remplir les obligations, le ministre peut arrêter définitivement la liquidation des subventions sur avis du ministère.

Avant l'arrêt, le ministre communique son intention à l'employeur concerné par lettre recommandée. Dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'employeur peut introduire auprès du ministre une prise de position motivée.

Dans les trente jours suivant la réception de la prise de position ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'arrêt de la liquidation.

Cette décision est immédiatement transmise à l'employeur concerné.

Art. 51 – Recours contre l'arrêt

En cas d'arrêt de la liquidation, l'employeur peut introduire un recours contre la décision en cause conformément aux modalités fixées à l'article 49.

Art. 52 – Exclusion de l'octroi de subventions

Sans préjudice de l'application de l'article 35 et du chapitre 7 du décret, les faits suivants excluent l'employeur de l'octroi de subventions pour un maximum de cinq ans :

- 1° l'existence d'une décision d'arrêt des liquidations coulée en force de chose jugée;
- 2° en cas de violations répétées, constatées, du décret ou de ses dispositions d'exécution.

Chapitre 6 – Dispositions finales

Art. 53 – Disposition modificative

Dans l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage sont abrogés :

- 1° l'article 78sexies, alinéa 2, remplacé par l'arrêté royal du 3 février 2010;
- 2° l'article 131quinquies, remplacé par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et modifié par l'arrêté royal du 21 septembre 2004.

Art. 54 – Disposition modificative

L'article 4 de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 21 septembre 2004, est abrogé.

Art. 55 – Disposition modificative

L'article 6 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les

régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, remplacé par l'arrêté royal du 24 janvier 2013 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6 – La réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 339 de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I) peut être octroyée comme suit :

1° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G3 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 55 ans;

2° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G2 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 56 ans;

3° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G1 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 59 ans;

4° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G8 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 62 ans. »

Art. 56 – Disposition modificative

Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1^{er} mars 2018, il est inséré un article 6/1 rédigé comme suit :

« Art. 6/1 – Le plafond salarial mentionné à l'article 339, alinéa 1^{er}, 3°, de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I) s'élève à 13 942,47 euros. »

Art. 57 – Disposition modificative

À l'article 14 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 4 est complété par un 13° rédigé comme suit :

« 13° les périodes d'occupation dans le cadre de l'arrêté de la Région wallonne du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, dans sa version du 31 décembre 2017. »;

2° le § 7 est abrogé;

3° l'article est complété par un § 8 rédigé comme suit :

« § 8 – Pour les employeurs qui occupent des travailleurs relevant du champ d'application du présent article et dont l'entrée en service est postérieure au 31 décembre 2018, la réduction pour groupe cible mentionnée dans le présent article n'est plus octroyée. »

Art. 58 – Disposition modificative

L'article 14bis, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 21 janvier 2004, est abrogé.

Art. 59 – Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale, modifié par les arrêtés royaux des 16 mai 2003 et 1^{er} avril 2004;

2° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale, modifié par les arrêtés royaux des 16 mai 2003 et 1^{er} avril 2004;

3° l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2017 portant fixation de la dotation de

base et des dotations supplémentaires en exécution de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés.

Art. 60 – Disposition transitoire

Les demandes de cartes de travail et les demandes de modification des cartes de travail conformément aux conditions de l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée et de l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, dans leur version du 31 décembre 2018, doivent être introduites au plus tard le 30 juin 2019 si elles concernent des travailleurs engagés avant l'entrée en vigueur du présent arrêté. Après cette date, le travailleur perd le droit aux activations prévues dans les arrêtés royaux susmentionnés.

Art. 61 – Disposition transitoire

Les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent arrêté continuent à bénéficier de l'allocation de réinsertion mentionnée à l'article 4 de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, et à l'article 131^{quinquies} de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Art. 62 – Disposition transitoire

Les travailleurs engagés avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, doivent être en possession d'une attestation délivrée par l'Office national de l'emploi, demandée au plus tard le 30 juin 2019 et certifiant que le travailleur remplit les conditions fixées à l'article 14, §§ 1^{er} à 3, de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale. Après cette date, le travailleur perd le droit aux activations mentionnées dans les arrêtés royaux susmentionnés.

Art. 63 – Disposition transitoire

Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, les employeurs continuent à recevoir les interventions financières des centres publics d'action sociale, conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale et dans l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale.

Art. 64 – Disposition transitoire

Les travailleurs engagés avant l'entrée en vigueur du présent arrêté conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis

au travail dans une initiative d'insertion sociale ou dans le cadre de l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale, doivent être en possession d'une attestation du centre public d'action sociale, demandée au plus tard le 30 juin 2019 et certifiant que le travailleur remplit les conditions fixées dans les arrêtés susmentionnés. Après cette date, le travailleur perd le droit aux activations mentionnées dans les arrêtés royaux susmentionnés.

Art. 65 – Disposition transitoire

Le travailleur âgé de 58 ans au 31 décembre 2018 et susceptible d'ouvrir le droit, ce même jour, à une réduction de cotisations de sécurité sociale en l'application de l'article 339 de la loi programme du 24 décembre 2002 (I) à concurrence du montant forfaitaire s'élevant à G1 mentionné à l'article 336 de cette même loi, continue à bénéficier de cette réduction de cotisations de sécurité sociale jusqu'au dernier jour du trimestre précédant celui au cours duquel il atteint l'âge de 59 ans.

Art. 66 – Disposition transitoire

L'article 13 du décret est applicable aux personnes qui suivent, au moment de l'entrée en vigueur du décret, un apprentissage dans les classes moyennes ou un apprentissage industriel tels que mentionnés à l'article 13 et apportent la preuve qu'elles remplissaient, au début dudit apprentissage, les conditions de subventionnement AktiF ou AktiF PLUS, dans la mesure où elles sont occupées auprès du même employeur à l'issue de leur apprentissage.

Art. 67 – Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019.

Art. 68 – Exécution

Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS